



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

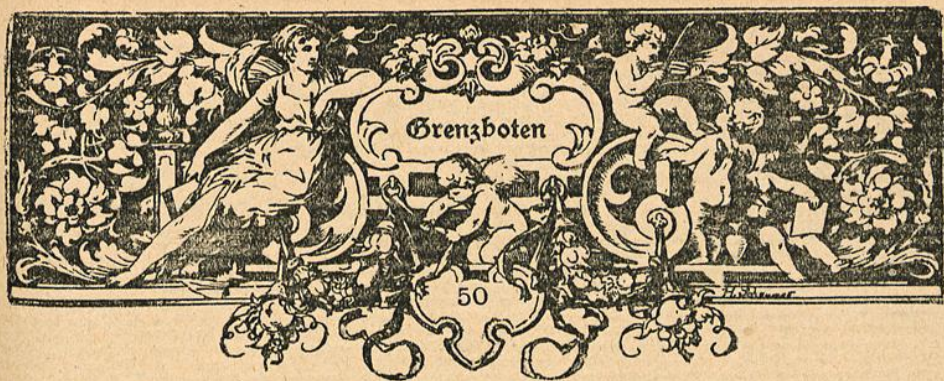
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, Georg: Aktive Außenpolitik!

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Aktive Außenpolitik!

Von Georg Kleinow



Als Graf Brodhorff-Rankau bald nach Übernahme der Leitung des Auswärtigen Amtes Anfang dieses Jahres sein Programm entwickelte und erklärte, er wolle auf eine aktive Außenpolitik nicht verzichten, konnte ich mich im Hinblick auf die allgemeine Lage, in der Deutschland sich damals befand, eines hoffnungslosen Achselzuckens nicht erwehren. Wie konnte ein halber Leichnam „aktiv“ sein?! Immerhin hatte der damalige Leiter der deutschen auswärtigen Politik noch einen Schein des Rechts zu sprechen, wie er sprach, da wir glaubten, uns an die vierzehn Punkte Wilsons halten zu können, die uns eine gewisse Betätigungsbasis zu gewährleisten schienen. Sie haben sich inzwischen als eine inhaltslose Illusion erwiesen. Wenn ich jetzt das Wort höre, so stellt sich das Bild eines in einen Sumpf geworfenen gefesselten Halbtoten vor mir auf, der halb versinkend, halb sich auf schwache Grasbüschel stützend, mühsam nach Atem ringt, um seinen Herzschlag in Gang zu erhalten. Ist das nicht das Bild des deutschen Staates? Jetzt komme ich von dem graufigen Bilde nicht los, da ich Rheinbavens „Aktive Außenpolitik“ las. Ist nicht Vermessenhaft, von „aktiver Außenpolitik“ zu sprechen, nachdem Deutschland, jeder Wehrmacht beraubt, im Innern zermüht von Partei- und Wirtschaftskämpfen, sich dem furchtbarsten Hass der Deutschen, Clemenceau, durch Annahme des Versailler Diktatfriedens auf Gnade und Ungnade ergeben hat? Wie Freiherr von Rheinbaben, der Seefahrer und Diplomat, es tut, nicht. Sein Aufsatz hat die Bedeutung eines Atemzuges für das deutsche Volk; seine Ausführungen erwecken Vertrauen zu uns selbst, zeigen Stützen, an die wir uns klammern können, zeigen Ausblicke, — aber sie wecken keine Illusionen. Rheinbaben hat den Mut, die Dinge nicht nur wie sie sind zu sehen, sondern sie auch so zu zeigen. Auch dies weckt Vertrauen. Sein tragender Gedanke läßt sich vielleicht in dem Satz zusammenfassen: solange wir arbeiten, sind wir auch aktiv in der Außenpolitik. Jedenfalls knüpft er an den engen „Zusammenhang zwischen innerer und äußerer Politik“ an, fordert „eine breite nationale, außenpolitische Front“ und stellt an die Spitze seines Programms die Forderungen: 1. Nationale Erziehung zum Verständnis außen-

politischer Fragen und 2. Einstellung der Außenpolitik auf den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Drei weitere Punkte: Revision des Friedensvertrages, Reform des auswärtigen Dienstes und die Umwandlung des gegenwärtigen Bundes der Sieger in einen wirklichen Völkerbund zeigen bestimmte Ziele, auf die loszusteuern ist, während ein sechster Punkt den Versuch macht, die gesamten Auslandsbeziehungen Deutschlands im Augenblick zu erklären. Dieser interessanteste Teil des Aufsatzes gipfelt in dem durchaus zu befolgenden Rat „von einer sogenannten antienglischen Kontinentalpolitik wie überhaupt von jedem anderen hochtönenden Programm wie Ostorientierung, Westorientierung, ausschließliche Völkerbunds politik oder wie sie sonst alle heißen mögen“ abzugehen. Dieser Rat entspricht durchaus unserer gebundenen Lage. Dann aber kommt der Autor zu dem Satz, „daß ohne ein wirtschaftliches Zusammenkommen Deutschlands und Rußlands beide Reiche Objekte des angelsächsischen Kapitalismus bleiben werden und auf den Wiederaufbau ihrer Wirtschaft verzichten müssen“, und tut damit gerade das, wovor er eben noch warnte, — er „orientiert“ die deutsche Politik nach Osten. Ich sehe hierin einen Rückfall in Illusionen oder anders ausgedrückt: ich sehe in diesem Satz eine Zielsetzung, die nicht mehr praktisch genannt werden kann, da sie weder der Lage bei uns im Innern noch den tatsächlichen Verhältnissen im Osten entspricht, noch auch der Tatsache gerecht wird, daß wir uns für lange Jahre nie werden gegen den englischen Kapitalismus wehren können. Der Autor überspringt eine lange Entwicklungsreihe, die er übrigens sehr gut kennt, wie aus der Art der Behandlung Polens in seinem Bilde hervorgeht. Er kommt zu seinem Sprung, weil an einer Stelle sein tief verletztes nationales Gefühl die Oberhand über den kühlen Verstand gewann: er meint, Polen scheine aus eigenem Willen dazu bestimmt, „der“ Feind im Osten zu werden. Kann es in der Tat etwas Demütigerendes und zugleich Herausforderndes für einen Deutschen geben, wie das, was sich in Polen, West- und Ostpreußen und Oberschlesien abspielt?! Wir sind eben gefesselte Halb tote und werden als solche behandelt!

Doch fort mit den Gefühlen. Prüfen wir kühlen Sinnes, was uns Rußland in seinem heutigen Zustande, der noch ein halbes Dutzend Jahre bestehen bleiben dürfte, bedeutet. Die in unserm Zusammenhange wichtige Vorfrage ist, ob Polen wirklich der Feind im Osten ist und durch eigenen Willen werden muß. Dies Polen, das sich, von der Entente auf die Beine gestellt und geschützt, zwischen deutsche und russische Lande geschoben hat, beide schädigend. Es wird mir aus der Geschichte der letzten Jahrzehnte eingeworfen werden können, die Polen sind bereits der Deutschen Feind, und ich selber hätte sie noch 1918 als solchen bezeichnet. Die Polen sind tatsächlich unter den bekannten bestimmten Verhältnissen unsere Feinde gewesen und ich brauche von meinen früheren Darlegungen nichts zurückzunehmen. Die Polen mußten sogar logischerweise unsere gefährlichsten Gegner im Osten sein, solange sie Preußen nicht nur für die Teilungen glaubten in erster Linie verantwortlich machen zu müssen, sondern auch für alle Unbill, die ihnen von Rußland später geschah. Sie wurden benutzt unsere nationalen Feinde, nach dem Deutschland gelegentlich des russisch-japanischen Krieges und der Revolution von 1905 verabsäumte, ihnen die Hand zu reichen und Preußen 1908 trotz der Abwendung Petersburgs von Berlin mit dem Enteignungsgesetz gegen sie auf den Plan trat. König Eduards Einkreisungspolitik begann Früchte zu tragen. Die Polen waren in ihren

führenden Köpfen die Feinde Deutschlands als der Krieg 1914 ausbrach und fast die ganze Welt gegen das Deutschtum in die Schranken trat. Sie hofften zwar nicht auf den Sieg Rußlands, aber wenn sie damals zwischen Deutschland und Rußland zu wählen gehabt hätten, wären sie zu Rußland gegangen, das augenscheinlich vor der Revolution stand, während Deutschland einen unerschütterlichen Eindruck machte. Die Gefahr national im Ruffentum untergehen zu müssen, schien damals nicht so groß. Bethmann Hollwegs Polenkurs konnte in die Gesamtichtung der polnischen Sympathien gewisse Schwankungen hineintragen, solange die deutschen Waffen siegreich blieben. Beim ersten Anzeichen für die innere Schwäche der Mittelmächte setzte sich ganz folgerichtig die uns feindliche Richtung durch, die ihre Hoffnung auf die Entente stellte. Unsere Schwäche ist den Polen nicht erst 1916 oder gar erst 1918 offenbar geworden. Schon im Winter 1914/15, als die Verhandlungen zwischen Berlin und Wien wegen der Verteilung des polnischen Etappen- und Verwaltungsgebiets geführt wurden, erfuhren sie von dem tiefen Riß, der die Bundesgenossen in allen ihren politischen und militärischen Maßnahmen behinderte. Die Stimmung gegen Deutschland wächst mit der Ausdehnung der Besetzung Polens und der schärferen Ausnutzung des Landes in wirtschaftlicher Beziehung, als natürliche Folge dieser Maßnahmen. Nach dem völligen Zusammenbruch Rußlands erscheint ein siegreiches Deutschland nicht mehr als Freiheitshort für die Zukunft Polens, sondern als das einzige Hindernis für die Wiederaufrichtung eines völlig unabhängigen Polenstaates mit einem Zugange zum Meer. Der Verlauf der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk erschütterte das Vertrauen der wenigen Freunde Deutschlands und als nach den programmatischen Erklärungen des preussischen Ministers Drews im März 1918 die Herren Trampczynski und Korsanty im Reichstage den Schleier von den weitgehenden gegen den Bestand des alten Preußen gerichteten Wünschen der Polen lüfteten, wissen sie das gesamte polnische Volk hinter sich im Haß gegen den wankenden Riesen Deutschland.

Ob sich dieser Haß bereits ausgetobt hat? Die Frage mag unerörtert bleiben, — ich glaube es nicht. Wo er verschwindet, tritt jedenfalls zunächst ein anderes Gefühl ein: die Furcht! Und — die Furcht hat große Augen, sagt ein russisches Sprichwort. Die Polen, denen der neue polnische Staat zuletzt fast ohne Schwertstreich, vorwiegend als Ergebnis des diplomatischen Sieges der Entente über Deutschland zugefallen ist, fürchten die frühzeitige Wiedergeburt der Deutschen. Haß und Furcht aber sind schlechte Berater.

Jetzt treten wir in den so überaus wichtigen Abschnitt der deutsch-polnischen Beziehungen, in dem beide überwunden werden können, indem sich entscheiden muß, ob Polen wirklich „der“ Feind im Osten werden wird oder nicht. Die Entscheidung kann nicht einseitig gefällt werden, weder von den glückbegünstigten Polen, noch von den unterlegenen Deutschen. Auf beiden Seiten muß ein Ausgleichswille vorhanden sein. Es ist daher Aufgabe einer aktiven deutschen Außenpolitik, die tragenden Elemente der deutsch-polnischen Beziehungen mit der größten Sorgfalt zu erforschen und alles gemeinsame und vereinigende zu pflegen, das trennende aber auszuschneiden oder zu überbrücken. Nachdem die deutsche Regierung das Diktat von Versailles angenommen hat, durch das annähernd zwei Millionen Deutsche dem polnischen Staate zugeteilt werden, nachdem die Regierung sich auch prinzipiell zu den Grundsätzen der Völkerbunds-ideen bekannt hat, ist der Weg, den das Deutsche Reich den Polen gegenüber einzuschlagen hat, klar vorgezeichnet. Deutschland würde die neuerworbenen Rechte der Polen offensichtlich bedrohen, wenn es eine Politik der Wiedervereinigung

der deutschen Gebiete ins Auge fassen wollte. Herr von Rheinbaben würde recht behalten mit seiner Behauptung, daß die Polen der Feind im Osten sein würden, wenn sein Standpunkt, daß „der Forderung nach dem Zusammenschluß aller Deutschen . . . stets Ausdruck zu geben ist“ territoriale Ziele verfolgte und nicht kulturelle. Müßte das neue Polen fürchten in seinem territorialen Besitzstande durch Deutschland bedroht zu sein, so müßten wir allerdings damit rechnen, daß die Polen der Deutschen grimmigste Feinde werden und bleiben und daß der polnische Staat (wie bisher die Vorkämpfer der polnischen Selbständigkeit) in der ganzen Welt Koalitionen gegen Deutschland auf die Beine zu bringen suchen wird. Das deutsche Volk liegt halbtot gefesselt im Sumpf des Versailler Diktats, dessen letzte grauenhafte Tiefen noch gar nicht klar erkannt sind!

Die Forderung nach dem Zusammenschluß aller Deutschen darf nicht als territoriale Forderung, sondern kann nur als kulturelle aufgestellt werden. Das ist die unerbittliche Folge der Annahme des Diktats von Versailles und der dadurch angebahnten Entwicklung! Deutschland muß nicht lediglich ein Garant des neuen polnischen Staates zu werden suchen, sondern sollte sein stärkster Garant bleiben. Und Deutschland könnte es werden, ohne sich etwas am Deutschtum zu vergeben, wenn es mit Polen zu einem Vertrage käme, durch den die beiderseitigen Kulturseinrichtungen mit überstaatlichen Funktionen ausgestattet würden. Der polnische Staat hätte für alle die Personen in Deutschland mit Schulen und Kirchen zu sorgen, die sich dem polnischen Kulturkreise zurechnen, der deutsche Staat für alle jene Bewohner Polens, die sich zum Deutschtum rechnen. An Stelle des Kampfes der beiderseitigen Minderheiten um die Schule würde der edle Wettstreit deutscher und polnischer Lehranstalten treten. Ich verhehle mir nicht, daß in diesem Wettstreit die Polen von vornherein im Vorteil wären, weil die gegenüber den polnischen Staatseinrichtungen gehobeneren deutschen die Einrichtung und Pflege polnischer Schulen, z. B. in den westlichen Industriegebieten, erheblich begünstigen, während die Rückständigkeit der polnischen Staatseinrichtungen — Gerichtswesen, Verkehrsmittel, sanitäre Einrichtungen u. a. m. — die Schaffung deutscher Schulen selbst in Warschau erschweren und kostspieliger gestalten. Die Polen würden den weiteren Vorteil haben, daß die Deutschen um der Erhaltung und des Ausbaues ihrer Schulen willen sich mit ganzer Kraft für den Ausbau der polnischen Staatseinrichtungen einsetzen würden.

Entsprechende Vereinbarungen wären mit dem Tschechenstaate, mit Italien und Slawonien, mit Dänemark und — Frankreich und Belgien anzustreben. Das wäre eine kontinentale Friedenspolitik, die geeignet wäre, eine geistige Abrüstung aller europäischen Völker einzuleiten. Zwischen Polen und Deutschen wäre ein starkes Moment des Mißtrauens und Zweifels, und bei allen Völkern eine stark fließende Quelle des Hasses beseitigt. Gelänge es, die Freizügigkeit der beiderseitigen staatlichen Kulturanstalten über die deutschpolnische Grenze durchzusetzen, so ergäbe sich für Deutschland die Möglichkeit, den Polen bei gewissen noch schwebenden Fragen entgegen zu kommen und dadurch den ehrlichen Willen zu dokumentieren, den Polenstaat lebensfähig zu erhalten. Die Wirtschaft sei staatlich, die Kultur national, überstaatlich verwaltet!

Ich habe diese Idee schon im November 1916 in der Kölnischen Zeitung in der damals gebotenen vorsichtigen Form vorgetragen; sie wurde aber nur von einer Stelle in der Öffentlichkeit beachtet und abgelehnt, von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung.

Die Polen ihrerseits werden bald einsehen müssen, daß sie zu einer Konsolidierung ihres Staatswesens nicht kommen werden, ohne die tätige Mithilfe

Deutschlands und der Deutschen. So günstig die territoriale Ausstattung des Polenstaates durch die Entente gedacht ist, so genügt das Vorhandensein von Naturreichtümern und Fabriken nicht, solange entsprechend vorgebildete Menschen fehlen, die diese Schätze für den Polenstaat ausbeuten. Sicher werden die Polen bald einsehen, daß die Ententestaatsmänner in erster Linie die Ziele ihrer eigenen Staaten in Polen verfolgen und sich durchaus nicht als gefühlsvolle Vollstrecker eines höheren Gerechtigkeitswillens gebärden. Sobald der polnische Mohr seine Schuldigkeit für Frankreich und England getan haben wird, wird er seine Wege gehen können. Englands militärpolitisches Interesse am Osten Europas beschränkt sich auf die Küstenplätze: Danzig, Königsberg, Memel, Libau, Riga, Reval. Frankreich sucht in Oberschlesien einen Ausgleich für seine Verluste in Rußland. Es darf bei der Beurteilung der polnisch-französischen Beziehungen nicht unbeachtet bleiben, daß französische Kapitalisten im letzten Jahrzehnt vor dem Kriege fast alle belgischen Beteiligungen an der Mosklauer und südrussischen Industrie an sich gebracht haben. Das sind Milliardenwerte! Allein ihrewegen ist Frankreich am wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands stark interessiert und kann einen polnischen (oberschlesischen) Konkurrenten auf dem russischen Markt nicht dulden. Ein aufstrebendes Rußland kann aber ein selbständiges Polen, das zwei wichtige Straßen zur Ostsee, die Weichsel und den Njemen, beherrscht, nicht dulden, mag es zaristisch oder bolschewistisch regiert werden. Polen wird also infolge der Russenpolitik seiner heutigen Freunde einen schweren Stand im Osten haben, wird im besten Falle mit den russischen Gebieten zusammen Ausbeutungskolonie der Ententemächte bleiben und somit das Los des deutschen Reiches teilen.

Es fragt sich nun, ob Aussicht vorhanden ist, daß die polnische Regierung diese Lage zutreffend würdigt. Im „Dziennik Poznański“ fanden sich kürzlich Bemerkungen, die in einem Eintreten für Verständigung mit den Deutschen gipfelten. Dem gegenüber ist aber die Sprache der westpreussischen Polenblätter, wie „Nadwiślanin“ (Culm), „Gazeta Grudziącka“ (Graudenz), „Piłgryzm“ (Pielplin) um so gereizter: Die beschiedene Forderung der Polen auf eigene Schulverwaltung wird als Annahmung bezeichnet. Die führenden Köpfe sollten sich durch solche Ausfälle nicht abschrecken lassen, das zu tun, was die Stunde gebietet. Sie gebietet: schafft den deutsch-polnischen Streit aus dem Wege zum Glück und Gedeihen beider Völker! Seid um des erhabenen Zieles Willen bereit die erforderlichen Opfer zu bringen. Deutschland hat sie zum großen Teil schon durch die erzwungene Hergabe weiterer Gebiete gebracht. Es sind nunmehr die Polen an der Reihe Entgegenkommen zu zeigen, um die Deutschen von ihrem Protest gegen die bisherige Vergewaltigung abzubringen, um sie zu den stärksten Bürgen des polnischen Staates zu machen. Andernfalls ließe die polnische nationale Politik darauf hinaus, die Provinzen Schlesien, Posen und Preußen dem Deutschen Reich abgenommen zu haben, um sie über kurz oder lang den Russen auszuliefern. Aus allen diesen Erwägungen komme ich zu dem Schluß, daß es auch nicht notwendig ist, daß Polen der Feind der Deutschen im Osten bleibt.

Was von Polen und Deutschen hier verlangt wird, ist die Ablehr von dem militärischen System in ihren Beziehungen zu einander. Der Abschluß von Lieferungsverträgen und Handelsabkommen genügt dazu nicht. Es müssen ethische Elemente mit hinzugenommen werden. Die aber liegen in unserm Falle auf dem Gebiet der beiderseitigen Kulturpolitik. Die liegen in der gegenseitigen Anerkennung als gleichberechtigte europäische Völker. Sie muß den beiden benachbarten Staaten neue Kräfte zuführen, damit sie sich gegen die großen

Weltmächte lebendig erhalten. Mir will scheinen, daß dies Programm einen Weg weise zu den Zielen, die Herr von Rheinbaben in seiner „Aktiven Auslandspolitik“ dem deutschen Volke aufgerichtet hat und daß in diesem Programm die Gewähr liegt, für eine friedliche Entwicklung auf dem Kontinent durch Jahrzehnte, da die Staaten durch die Kontrolle der verschiedenen Auslandschulen sich gegenseitig am tiefsten vom Fühlen und Denken der Nachbarvölker unterrichten könnten.



Neupolens wirtschaftliche Kräfte

Von P. Koch, Geh. Adm.-Rat a. D.



bergesse ist mir noch heut, wie wir am 3. Juli 1862 in Posen zum erstenmal unseren Einzug hielten. In den Monatsblättern „Aus dem Posener Lande“ habe ich es einst geschildert, wie dicht vor dem Fachwerkbau des Bahnhofes die Droschke über die Gleise holperte, wie Windmühlen und ländliche Häuser den Weg zu der düstern Wölbung des Berliner Tors geleiteten, und wie jenseits desselben die übelriechende Gasse in der Mitte der St. Martinstraße sich breit machte. Zur Rechten stand das niedere Zollhaus, wo das Gepäck der Reisenden an russische Verhältnisse erinnernde Ausspannung „Zum goldenen Lamm“, und doch bot sich in dem Baumschmuck der Wilhelmstraße, dem Paradeplatz, dem Neustädtischen Markt und in den Kugelakazien vor der stattlichen Hauptwache am Altmarkt ein merkllicher Abstand gegen das Städtchen in Westpreußen, das bis dahin meines Vaters Amtsbesitz gewesen; Anzeichen überall, daß der Vorort der Provinz im Aufstreben begriffen und daß zielbewußte deutsche Arbeit ernstlich willens war, mit polnischer Gleichgültigkeit und Armseligkeit aufzuräumen.

Wie anders das Bild, als ich Posen kurz vor dem Kriege zum letztenmal besuchte. Verschwunden das Berliner Tor und die Wälle; an ihrem Platz das mächtig aufstrebende Kaiserschloß. Drüben, hinter den in großzügigen Linien sich erstreckenden Anlagen, das stolze Theater, der Bau der Akademie, das Dienstgebäude der Ansiedlungskommission, hinter dem meines Vaters schönstes Werk, die Paulikirche, klein erschien, das Ganze ein glanzvolles Zeugnis für den Sieg, den das Deutschtum in der Ostmark erfochten hatte, und der fest und sicher für alle Zeiten begründet schien.

Nimmer hätten wir geglaubt, wenn die Polen ihr schwermütiges: „Noch ist Polen nicht verloren“ sangen, daß wir selbst noch das Wiederaufstehen des seit einem Jahrhundert von der Weltkarte verschwundenen Reiches erleben würden. Und doch allzu sehr mit Recht hatte der Herausgeber der Grenzboten bei der Einweihung des Schlosses, als der Kaiser die Stadt Posen zur Residenz erhob, gerügt, daß zu einer Siegesfeier kein Anlaß vorlag. Während das Schloß erstand, hatten die polnischen Bauleute erklärt: „Wir bauen die Burg dem künftigen König von Polen.“ Dem Vaterlandsfreund war es von Anfang an klar, daß nichts so sehr geeignet war, den Groll der Unterdrückten neu anzufachen, als der Bau dieser Zwingsburg, und daß sie immer einen Zankapfel bilden mußte zwischen dem polnischen Adel und der deutschen „Gesellschaft“, zumal wenn ein kaiserlicher Prinz berufen wurde, dort Hof zu halten. Nun ist alles vorüber, und die Deutschen mögen im Hofe des Kaiserschlosses stehen im Büßergewand, wie einst Kaiser Heinrich vor päpstlichem Übermut in Canossa.